



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kin-
der (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 28. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 15. November 2023, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Emilia Fester, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 nicht öffentlich Seite 5

Arbeitsprogramm zur Vorsitzzeit des Abg.
Matthias Seestern-Pauly

Tagesordnungspunkt 2 nicht öffentlich Seite 5

Pressemitteilungen

Tagesordnungspunkt 3 nicht öffentlich Seite 5

Sonstiges

Tagesordnungspunkt 4 öffentlich Seite 5

Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema
„Rente“



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprachregister	Seite 4
Wortprotokoll	Seite 5



Anwesenheitsliste

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Lahrkamp, Sarah	<input checked="" type="checkbox"/>	Hostert, Jasmina	<input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>	Leikert, Dr. Katja	<input type="checkbox"/>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	<input checked="" type="checkbox"/>	Stahr, Nina	<input type="checkbox"/>
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	<input type="checkbox"/>	Adler, Katja	<input type="checkbox"/>
AfD	Bollmann, Gereon	<input checked="" type="checkbox"/>	Storch, Beatrix von	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Reichinnek, Heidi	<input checked="" type="checkbox"/>	Akbulut, Gökay	<input type="checkbox"/>

Gäste

Funktion	Name	Anwesenheit
Sachverständige*r	Deckers, Eva-Marie	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständige*r	Wittler, Elisa	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständige*r	Kersch, Luisa	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständige*r	Schlowak, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>

Fraktionsmitarbeitende

Fraktion	Name	Anwesenheit
FDP	Rostkovius, Moritz	<input checked="" type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Fuchslocher, Kolja	<input checked="" type="checkbox"/>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Stüren, Antje	<input checked="" type="checkbox"/>



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Emilia Fester	5, 10, 13, 15, 16, 17, 18
Abg. Sarah Lahrkamp	14
Abg. Paul Lehrieder	11, 16
Abg. Gereon Bollmann	-
Abg. Heidi Reichinnek	-

Sachverständige

Elisa Wittler	9, 11, 13, 14, 15, 17, 18
Eva-Marie Deckers	7, 11, 14, 15, 16, 17
Luisa Kerscher	6, 17
Paul Schlowak	8, 11, 13, 15, 17



Tagesordnungspunkt 1

Arbeitsprogramm zur Vorsitzzeit des Abg. Matthias Seestern-Pauly

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Pressemitteilungen

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 3

Sonstiges

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 4

Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Rente“

Die **Vorsitzende**: Ich habe das Zeichen bekommen, dass wir schon im Livestream sind und damit herzlich willkommen zur 28. Sitzung der Kinderkommission. Ich begrüße ganz herzlich zu unserem TOP 4, unserem öffentlichen Expert*innengespräch mit jungen Menschen, mit jungen Sachverständigen zum Thema „Rente“. Ich weise natürlich zu Beginn wie immer darauf hin, dass diese Sitzung aufgezeichnet und live auf Kanal drei des Parlamentsfernsehens übertragen wird. Sie wird danach im Internet abrufbar sein und zusätzlich wird sie per Tonband aufgezeichnet, um im Anschluss ein Wortprotokoll erstellen zu können, das dann zu gegebener Zeit auch auf der Internetseite des Bundestages aufrufbar sein wird.

Wir sind heute tatsächlich schon etwa eine halbe Stunde früher als sonst online. Das liegt an den besonderen Herausforderungen, die diesem Plenartag heute unterworfen sind. Wir hatten ein

Bundesverfassungsgerichtsurteil, das jetzt quasi im Eilverfahren in den unterschiedlichen Fraktionen besprochen werden muss, weshalb sowohl das Plenum als auch alle parallel tagenden Ausschüsse für eine Stunde zwischen 15 Uhr und 16 Uhr unterbrechen müssen. Deswegen konnten wir uns auch gerade sehr schnell darauf verständigen, unsere Sachverständigen nicht anderthalb Stunden warten zu lassen, sondern lieber jetzt ein wenig vorzuziehen, um ihnen jetzt eine halbe Stunde und nachher eine halbe Stunde für ihre Ausführungen zu geben.

Deswegen will ich jetzt auch gar nicht weiter ausschweifen, sondern mich direkt ganz arg freuen und als Sachverständige herzlich im Namen der gesamten Kinderkommission unsere Expert*innen für das heutige Gespräch begrüßen. Das sind heute: Eva-Marie Deckers, Elisa Wittler, Luisa Kercher und Paul Schlowak. Schön, dass Ihr da seid. Ihr seid von der Jugend-Enquete-Kommission. Die Jugend-Enquete-Kommission e.V., das ist ein Verein, der jungen Menschen zwischen 14 und 17 Jahren ermöglicht, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen. Jährlich wird die Jugend-Enquete-Kommission ausgerichtet, die sich mit aktuellen jugendpolitischen Themen befasst. Heute dürfen wir sowohl Aktive des Vereins als auch Mitglieder der aktuellen Kommission begrüßen. Die Kommission 22, also im letzten Jahr, hat sich mit dem Thema Cybermobbing beschäftigt und im März dieses Jahres wurde das Policy Paper an Politiker*innen, zum Beispiel auch an mich, übergeben. Ich war damals sehr beeindruckt von Eurer Arbeit und habe Euch entsprechend gleich darum gebeten, hier innerhalb meines Arbeitsprogramms, meiner Vorsitzzeit der Kinderkommission, auch vorbeizukommen und Euer neues Thema zu präsentieren. Die diesjährige Kommission, über die werdet Ihr uns gleich berichten, arbeitet zum Thema „Das Loch im Generationenvertrag“ Lösungen für das Rentensystem in Deutschland. Ihr habt Euch bereits mit Expert*innen ausgetauscht, recherchiert, diskutiert und trifft Euch das kommende Wochenende zur Finalisierung Eures Policy Papers. Umso geehrter fühlen wir uns natürlich, dass wir heute schon einen ersten Einblick oder Ausblick in Eure Analysen und mögliche Forderungen bekommen.



Und jetzt habe ich genug geredet. Toll, dass Ihr da seid. Ich würde Euch das Wort für 20 Minuten übergeben für Euer Eingangsstatement.

Luisa Kerscher (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Mitglieder der Kinderkommission, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Wir danken dafür, dass Sie uns die Möglichkeit geben, heute hier vor Ihnen zu sprechen. Aus unserer Arbeit resultierend wissen wir, dass es nicht selbstverständlich, ja fast schon eine Ausnahme ist, jungen Menschen Gehör zu schenken. Umso mehr freut es mich, dass Sie uns und unsere Kommissionsmitglieder eingeladen haben, um uns die Möglichkeit zu geben, unser Projekt und die Arbeit den Kommissionsmitgliedern vorzustellen. Später mehr dazu.

Einmal kurz zu mir. Mein Name ist Louisa Kerscher. Ich bin 19 Jahre alt und studiere Empirische Bildungsforschung und Pädagogische Psychologie in Tübingen. Meine Aufgaben im Verein sind sehr vielfältig. Derzeit bin ich allerdings vor allem und insbesondere für die diesjährige Übergabe zuständig, bin eine der zwei Fotograf*innen des Vereins und verwalte die Website.

Kommen wir nun zum Verein. Wir, der Jugend-Enquete-Kommission e.V., sind ein gemeinnütziger ehrenamtlicher Verein, der sich für mehr Jugendbeteiligung in der Politik einsetzt. Wir gliedern uns in circa 25 Vereinsmitglieder, also dem Jugend-Enquete-Kommission e.V. und die Kommissionsmitglieder der Jugend-Enquete-Kommission, wobei das Alter beider Gruppen zwischen 14 und 27 Jahren liegt. Unser Verein wurde am 10. Juni 2021 mit dem Leitspruch „Politics without youth is politics without use“ gegründet. Doch warum wurde dieser Verein überhaupt gegründet? Es gibt bereits einige jugendpolitische Projekte, bei denen vieles besprochen und auch diskutiert wird. Doch meist bleibt es bei den Ideen, die dort entstehen, welche durch die fehlende Umsetzung allerdings bereits nach Kurzem wieder verpuffen. Zudem liegt das Durchschnittsalter im Bundestag bei 47 Jahren. Auch sind nur knapp 2 Prozent der Sitze von Politiker*innen zwischen 24 und 27 Jahren besetzt. Das sind 14

der 736 Sitze, die eigentlich die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln sollte. Diese Zahl ist in den letzten Jahren zwar bereits gestiegen, jedoch immer noch unverhältnismäßig gering. Bei 15 bis 24-jährigen ist es noch drastischer. Sie machen 10 Prozent der Bevölkerung aus und sind trotzdem durch keinen einzigen Abgeordneten im Bundestag vertreten. Hierbei muss man natürlich bedenken, dass auch nur der volljährige Anteil davon vertreten werden könnte. Dadurch sind junge Menschen unserer Meinung nach in der Politik unterrepräsentiert. Und das, obwohl im Bundestag Gesetze und Entscheidungen beschlossen werden, die direkte Auswirkungen und direkte Einwirkungen auf unseren Alltag und unsere Zukunft haben. Die Jugend als mitbetroffene Generation sollte mitreden und ihre Zukunft mitgestalten können. Doch eine direkte Partizipation in der Politik ist für Jugendliche sehr schwierig, denn die vielzähligen Jugendorganisationen und Parteien bieten zwar Plattformen zum Austausch, aber ermöglichen selten eine überparteiliche inhaltliche Mitbestimmung.

Viele Jugendliche wollen aber etwas verändern, mitreden und haben viele gute Ideen. Oftmals heißt es jedoch, dass es jungen Menschen hier eine Expertise und Erfahrung fehlt, weshalb auch kaum junge Menschen zur Einladung zur Enquete-Kommission eingeladen sind. Sie gehen jetzt natürlich mit sehr gutem Beispiel voran, aber das ist leider nicht die Regel. Daher wählen viele Jugendliche zunehmend außerparlamentarische Beteiligungsformen wie Fridays for Future, um ihre Lebenswirklichkeit zu gestalten. Doch junge Menschen sind definitiv Expert*innen, wenn es um ihre Wünsche und Vorstellungen für die Zukunft geht. Und dafür wollen wir uns einsetzen.

Unsere Lösungen sind die Jugend-Enquete-Kommissionen, abgekürzt JEK. JEK ist ein durch den Jugend-Enquete-Kommission e.V. getragenes Gremium deren Mitglieder jährlich wechseln und die gemeinsam mit Expert*innen zu bestimmten Themen Handlungsempfehlungen für die Politik ausarbeiten. Wir geben jungen Menschen also unabhängig von Bildungsstand, sozioökonomischem Hintergrund, Herkunft, Geschlecht und so weiter durch die Kommission die Möglichkeit, sich mit einem aktuellen politischen Thema auseinanderzusetzen und ihre Ideen, Meinungen und Ansich-



ten dazu an die Politik zu bringen. Dadurch schaffen wir für junge Menschen eine niedrigschwellige Chance, inhaltlich an der Politik mitzuwirken und ihre eigene Zukunft mitzugestalten.

Um eine erfolgreiche Arbeit für die Kommission zu schaffen, steckt hinter dem Verein unser großartiges Team. Das jetzt gerade da oben sitzt - welches sich um die Organisation der Veranstaltungen, das jährliche Thema und vieles, vieles mehr kümmert. Letztes Jahr, wie bereits angesprochen, hatten wir unseren Projektaufakt mit der Jugend-Enquete-Kommission 2022 zum Thema Cybermobbing. Dieses Jahr wollen wir an den Erfolg der letzten Kommission anknüpfen und beschäftigen uns daher beziehungsweise die drei jungen Leute der Kommission hier neben mir mit dem Thema Alterssicherung und Rente. Als Jugend-Enquete-Kommission e.V. bieten wir somit eine neue Art der politischen Jugendpartizipation.

Unser großes Ziel ist die Anerkennung durch den Bundestag als eigenständiges Gremium, um so die Stimme der Jugend nachhaltig in der Politik zu verankern. Politiker*innen sollen dann aktiv auf dieses Gremium zugehen und junge Menschen zu ihren Meinungen befragen. Damit wollen wir der Jugend eine Stimme geben.

Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Auch wir bedanken uns natürlich erst einmal sehr herzlich für die Einladung, heute als Vertreter*innen der diesjährigen Kommission zum Thema Rente hier in der Kiko vorsprechen zu dürfen. Mein Name ist Eva-Marie Deckers. Ich bin zurzeit 17 Jahre jung, dementsprechend noch Schülerin beziehungsweise hoffentlich dann bald Abiturientin an einem Gymnasium in NRW. Und nebenbei engagiere ich mich für die Repräsentation junger Menschen bei gesellschaftspolitischen Themen und bin auch seit Jahren als Ehrenamtlerin bei mir im Kreis in der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Hinter uns steht eine unglaublich dynamische und gesellschaftlich sehr engagierte Gruppe von 17 Jugendlichen zwischen 16 und 23 Jahren. Und auch wenn wir mit Bezug auf unsere Wertevorstellungen und Meinungen durchaus auch eine sehr heterogene Kommission darstellen,

was uns zum Beispiel auch immer wieder ermöglicht, Vorschläge aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und zu analysieren verbindet uns auch in einer gewissen Weise unsere Generationszugehörigkeit und unser Interesse für gesellschaftspolitische Themen. Starkes Gerechtigkeitsempfinden, ausgeprägter politischer Aktivismus sind ja nur einige der Stichwörter, die unserer Generation immer wieder in der Öffentlichkeit zugesprochen werden und gerade in unserer Arbeit, auch in der Kommission, konnten wir diese Grundhaltung tatsächlich auch immer wieder bestätigen.

Um deutlich zu machen, wie wir uns an das politische Problem des sogenannten Lochs im Generationenvertrag, sowie entsprechenden Lösungsansätzen für das deutsche Alterssicherungssystem angenähert haben, möchte ich Ihnen zunächst einmal einen kleinen Einblick in unsere bisherige Kommissionsarbeit geben. Bereits Ende September haben wir uns nämlich für die Auftaktveranstaltung der diesjährigen Jugend-Enquete-Kommission in Schweinfurt zusammengetroffen, wo wir einen tieferen Einblick in die Thematik des Alterssicherungssystems erhalten haben. Vor allem Vorträge und Diskussionen mit Expert*innen sowie eine sehr intensive eigene Recherchearbeit und eine sehr lebendige Diskussionskultur haben es uns ermöglicht, eine tiefgründige Problemanalyse durchzuführen und davon ausgehend dann auch erste Lösungsansätze zu erarbeiten und abzuleiten. Dabei hat uns der Verein einen Input gestellt, welcher den Schwerpunkt auf den Ländervergleich verschiedener Rentensysteme gelegt hat und uns mit Sachverständigen aus verschiedensten Bereichen vertraut gemacht hat. So haben wir zum Beispiel neben Politikwissenschaftler*innen und Professor*innen auch einen Wirtschaftsweisen zu Gast gehabt. Trotz der Tatsache, dass unser letztes analoges Treffen ja nun schon einen Monat zurückliegt, haben wir uns in den vergangenen Wochen weiterhin sehr intensiv mit der Thematik des Alterssicherungssystems auseinandergesetzt. Wir haben eine interne Priorisierung der von uns erkannten Problemstellen vorgenommen und von dort aus dann in entsprechenden Expertengruppen weitergearbeitet. Außerdem konnten wir mit Unterstützung des Vereins dann auch noch weitere Expert*innen für Online-Expertisen dazugewinnen.



Im Anschluss an den heutigen Besuch hier in der Kinderkommission wird unser nächstes Kommissionstreffen von Freitag bis Sonntag stattfinden, wo wir dann neben weiterem inhaltlichen Input vor allem auch unser Policy Paper vorbereiten werden, was wir dann am 19. Januar hier im Bundestag überreichen. Neben unserer Motivation, unseren Blickwinkel als Angehörige der jungen und dadurch leider auch weiterhin definitiv unterrepräsentierten Generationen an Politiker*innen weiterzugeben, ist es uns genauso eine große Herzensangelegenheit, das Thema Rentensystem über die Kommission hinaus an die Öffentlichkeit weiter zu tragen, vor allem auch an junge Menschen, um einfach einem möglichst breiten Spektrum den Zugang zu diesem überaus wichtigen Thema zu geben und auch die Diskussionskultur in unserer Gesellschaft zu fördern. Deshalb sehen wir vor, unsere Handlungsaufforderungen auch mittels einer Petition weiter an die Öffentlichkeit zu tragen.

Paul Schlowak (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Danke auch von mir für die Einladung. Ich bin Paul Schlowak. Ich studiere in Heidelberg Volkswirtschaftslehre, bin 21 Jahre alt und habe mich schon ehrenamtlich und auch im Studium mit dem Thema der Rentenpolitik beschäftigt und uns alle vereint, dass wir uns für Rentenpolitik interessieren und uns dafür engagieren wollen. Und das Thema weist auch Parallelen zu einem anderen Thema auf, das unsere Generation umtreibt, die Klimakrise. Es ist sehr komplex und ist auf einen sehr langen Zeithorizont gestreckt. Und wie wir heute merken, wird es immer Themen geben, die irgendwie gerade wichtiger wirken, weswegen man zum Beispiel eine Sitzung wie hier aussetzen muss. Aber bei diesen Themen, die sehr komplex und sehr lange wirken, gilt, dass heute und jetzt für später und morgen gehandelt werden muss. Deshalb möchte ich Ihnen heute etwas über die inhaltliche Arbeit von unserer Kommission, die wir bisher erarbeitet haben, erzählen.

Relativ schnell, nachdem wir uns auf das Thema geeinigt hatten, sind wir uns bei zwei Dingen einig geworden. Und zwar, dass das Rentensystem heute zwei Probleme hat: Einmal die Finanzierbarkeit, das ist ein rentenspezifisches Problem und das zweite Problem unseres Rentensystems

ist die Gerechtigkeitsfrage. Das Rentensystem spiegelt in gewisser Weise die großen gesellschaftlichen Fragen einfach wider. Niedriger Lohn heute ist eine schlechte Rente morgen und eine Benachteiligung von Frauen im Berufsleben ist eine Benachteiligung von Frauen im Rentensystem. Aufbauend auf diesen zwei Erkenntnissen der Probleme haben wir mit sehr vielen Expert*innen gesprochen, uns informiert und sehr lebhaft diskutiert und drei Themenschwerpunkte gesetzt. Und diese Themenschwerpunkte und den Grundkonsens, den wir erarbeitet haben, der jetzt am Wochenende noch konkreter wird beim Policy Paper möchte ich Ihnen gerne jetzt vorstellen.

Die erste Expertengruppe innerhalb unserer Kommission hat sich mit der Finanzierbarkeit beschäftigt. Es gibt einmal die Alterung der Gesellschaft, die sehr viel Druck auf den Bundeshaushalt ausübt und dann auch teure Reformen wie beispielsweise die abschlagsfreie Rente mit 63. Momentan wird ein Viertel, ein Viertel des Bundeshaushalts für die Bezuschussung der Rente ausgegeben. Eine Reform, die, auf die wir uns einigen konnten, die uns sinnvoll erscheint, ist der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge. Momentan bieten gerade knapp 80 Prozent der Betriebe eine betriebliche Rentenversicherung an, aber nur die Hälfte der Arbeitnehmer nehmen diese überhaupt an. Deshalb erscheint es uns sehr sinnvoll, dass speziell kleine und mittelständische Unternehmen die betrieblichen Angebote ausbauen, auch mit staatlicher Unterstützung und das vor allem als zweiten Punkt, ein Opt out-System implementiert wird, das heißt Arbeitnehmer zahlen standardmäßig in die betriebliche Vorsorge ein, außer sie widersprechen aktiv. Wir glauben, dass dadurch Finanzierungsprobleme mitigiert werden können und es mehr für eine auskömmliche Rente reicht. Aber wir waren uns alle einig, dass der Ausbau der privaten, der Ausbau der betrieblichen Rentenvorsorge, immer nur flankierende Maßnahmen sein können, die unser Umlage System ergänzen, aber niemals ersetzen kann.

Nun haben wir eine zweite Gruppe gebildet, und zwar zum Schwerpunkt Gender Pension Gap. Denn Rentenpolitik ist auch Geschlechterpolitik und der Gender Pension Gap ist maßgeblich durch den Gender Pay Gap verursacht. Frauen verdienen



weniger als Männer. Und um dies zu verbessern, muss Arbeitsmarktpolitik betrieben werden und Frauen einen besseren Zugang zur Berufswelt bekommen, einen verbesserten Wiedereinstieg nach Familienpausen und andere Maßnahmen wie Kinderbetreuung ausgebaut werden.

Die dritte Gruppe beschäftigt sich auch mit Arbeitsmarktpolitik. Denn der Niedriglohnsektor in Deutschland einer der größten in Europa mit 23 Prozent, sorgt dafür, dass es heute schlechte Löhne gibt und morgen schlechte Renten. Und um der Altersarmut entgegenzuwirken, müssen die Menschen heute auch gut Geld verdienen. Und das kann geschehen, indem Mindestlöhne erhöht werden oder Tarifbindungen gestärkt werden. So, das waren jetzt einige Reformen, auf die wir uns schon einigen konnten, die sicher jetzt noch konkretisiert werden und wir beschäftigen uns heute in der Kinderkommission auch viel mit Jugendbeteiligung und auch ein bisschen mit Rente. Da es uns aber in der Kommission vor allem um Rente geht und nur ein bisschen um Jugendbeteiligung, würden wir uns sehr freuen, wenn Sie sich als Abgeordnete dafür stark machen, dass wir im Ausschuss für Soziales und Arbeit über Rente reden können und dort eingeladen werden.

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Denn inhaltliche Arbeit muss in inhaltlichen Ausschüssen besprochen werden. Und genau da fängt die zweite Phase der Jugendbeteiligung an. Einmal kurz zu mir: Ich bin Elisa Wittler. Ich bin 19 Jahre alt und studiere Jura in Heidelberg, habe mich auf Kommunalebene immer im schulischen Bereich engagiert und dann ein freiwilliges Jahr im Landtag NRW absolviert. Als Mitglied der Kommission habe ich mich vor allem im Bereich des Niedriglohnssektors und in der Jugendbeteiligung engagiert.

Zur Jugendbeteiligung: Bisher hat die Jugendstrategie der Bundesregierung immer mit dem Slogan geworben „Politik für, mit und von Jugend“. Das spiegelt sich auch im Nationalen Aktionsplan wider. Und auch auf der Website heißt es „Wir wollen Jugendliche an allen Entscheidungen beteiligen, die sie betreffen“. Wir sind aber nicht nur Jugendliche, wir sind auch Bürgerinnen und Bürger

der BRD. Das bedeutet, uns betrifft alles von Bildung bis eben auch Rentenpolitik. Wir wollen in den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Es gibt Möglichkeiten wie die Jugendpolitiktage, das war eine sehr gute Aktion, aber da fehlt noch was. Eine Verbesserung ist die konstante Partizipation der Jugendlichen, wie eben das in der Jugend-Enquete-Kommission der Ursprungsgedanke war. Hier werden nämlich längere Zeiträume geschaffen, um fachliches Wissen wirklich vermittelt zu bekommen. Dieses System führt dann auch dazu, dass mehr Themen angeboten werden können. Da nicht eine Grundkenntnis vorausgesetzt wird, wenn sich jeder darüber über einen längeren Zeitraum informieren kann. Dann können auch mehr angesprochen und gefördert werden. Und das könnte sich auch darauf auswirken, wer sich an solchen jugendpolitischen Maßnahmen beteiligt. Eva-Marie hat vorhin vorgestellt: Wir sind schon eine sozioökonomische, homogene Gruppe. Und dann fragt man sich immer: Woran liegt das? Die Sinusstudie zeigt - Privilegien. Privilegien wie Bildung, Geld und auch Zeit spielen eine Rolle, um abstrakte Themen behandeln zu können. Deshalb engagieren sich auch Menschen mit höherem Abschluss prozentual stärker. Aber das ist nur zum Teil richtig, da circa 30 Prozent der jungen Erwachsenen darin die größte Hürde sehen. Aber es gibt noch ein ganz anderes Problem: Die Angst vor Konfrontation. Aus diesem Grund will jeder zweite junge Mensch sich nicht an Bürgerinitiativen beteiligen. Jeder vierte möchte noch nicht einmal über Politik reden, einfach aus der Angst heraus verurteilt zu werden, Gewalt zu erfahren, Gewalt angedroht zu bekommen. In der realen Welt, im Netz, egal wo. Das bedeutet also Zurückhaltung ist nicht gleich mangelndes Interesse, sondern einfach - wir wollen gehört werden, aber wir brauchen den Raum dazu. Es müssen sichere Räume geschaffen werden, wo Jugendliche lernen können, unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen in einem sachlichen Rahmen zu diskutieren. Es muss ein breiteres Angebot geben, weil so kann man erst die Breite der Jugendlichen ansprechen, denn nicht jeder Jugendliche interessiert sich für Jugendbeteiligung. Es gibt auch andere Themen - Integration, Verkehrswende, Digitalisierung oder wie bei uns Rentenpolitik. Und über so ein breites Angebot kann man mehr erreichen. Wir wissen, dass Sie



verschiedene Themen hier in der Kinderkommission schon behandelt haben. Das ist ein erster guter Schritt. Aber diese Angebote, die müssen längerfristig gedacht werden, damit wirklich jede*r Teilnehmer*in die Chance hat, genügend Input zu sammeln. Wir sind zum Beispiel jetzt fachlich geschult, wir haben viel Input bekommen, haben uns viel eigenständig damit beschäftigt, aber haben immer noch den Blick eines jungen Menschen. Das ist unser Wert in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion. Und das ist wichtig, denn das bietet einfach die Chance, eine neue Generation zu fördern. Wir haben mehr politische Grundbildung dadurch, die Politikverdrossenheit nimmt ab und zudem brechen wir die Klischees und Vorurteile auf, sowohl horizontal, innerhalb der Generationen und auch vertikal generationsübergreifend. Solange solche Sätze in den Medien wie: „Generation Z ist zu aktivistisch“ oder „hat keinen Bock auf Arbeit“, zeigt einfach: Es ist zu wenig Kommunikation - egal wo. Die Jugend soll eine Bühne bekommen, damit gezeigt wird, dass es nicht nur „die“ Jugend gibt. Wir sind genauso divers wie jede andere Generation. Ein positives Beispiel ist die heutige Bühne. Vielen Dank dafür. Vielen Dank für die Einladung. Und daraus ergibt sich auch die Chance für eine zweite Maßnahme, und zwar die langfristige Zusammenarbeit. Das Ergebnis einer langfristigen Jugendarbeit können Sie nämlich dann in unserem Policy Paper sehen. Wir werden das jetzt noch zu Ende aufschreiben und Ihnen dann gerne im Januar, am 19. Januar 2024, hier im Bundestag übergeben. Wir würden uns sehr, sehr freuen, wenn Sie da erscheinen würden. Denn ich weiß, einige haben sich das schon notiert. Vielen Dank. Und dadurch kann erst der Austausch wirklich entstehen. Wir haben uns Gedanken gemacht. Sie wollen Gedanken hören und dadurch entsteht wirklich Diskussion. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ja, ich glaube, wir danken Euch und freuen uns natürlich auch schon sehr stark auf diesen 19. Januar. Danke für diesen ersten Aufschlag. Eure Gedanken zum Thema Partizipation und zum Thema Rente, was wir ja dann hoffentlich auch gleich noch ein wenig vertiefen können. Mit Blick auf die Uhr muss ich aber sagen, würden wir vielleicht noch eine Frage schaffen, wenn Ihr sie ganz schnell beantwortet. Ich schaue

mal Richtung Heidi, weil ich weiß, dass du demnächst losmusst. - Okay, das sind zu viele, zu knapp. Dann würde ich sagen, in drei Minuten müssen wir sowieso beenden. Lassen wir Euren Vortrag jetzt einfach erst mal eine Stunde lang sacken. So müssen wir - Ja, so müssen wir leider verfahren. Mir sind da die Hände gebunden. Okay. Ich versuche das gerade mal zu moderieren. Danke Euch. Genau. Also, wir müssen jetzt für eine Stunde unterbrechen. Wir treffen uns einfach hier wieder um 16 Uhr. Bis dahin haben sich alle ganz viele Fragen überlegt. Falls noch eine aufkommt für die Kolleg*innen, die nicht wiederkehren können, können sie die natürlich auch gerne per Mail dalassen. Dann kann ich die hier nochmal stellen. Und in der Mediathek ist ja am Ende alles abrufbar. Euch dann jetzt entsprechend auch eine gute Pause. Danke für eure Flexibilität.

Und genau, ich unterbreche die Sitzung bis 16 Uhr.

- Sitzungsunterbrechung von 14:58 bis 16:01 Uhr -

Die **Vorsitzende**: Okay, kriege ich ein Zeichen? Wir sind wieder live. Wunderbar. Dann würde ich sagen: Setzen wir unsere Kiko-Sitzung fort. Das war eine illustre Stunde. Wir sind in etwas anderer Besetzung als vorher wieder zusammengekommen. Vielen Dank noch einmal für euer Anfangsstatement. Wir schließen kurz unsere Gedanken zum Klima- und Transformationsfonds ab und wenden uns Euch wieder zu. Und ich beginne vielleicht einfach einmal mit einer Frage an Euch, um uns direkt wieder ins Thema reinzuwerfen.

Ich würde total gerne von Euch wissen, wie Ihr eigentlich auf die Idee gekommen seid, Euch mit dem Thema Rente zu befassen. Also was hat Euch als junge Menschen motiviert, dieses Thema, das durchaus wirklich sehr langfristig ist, im Zweifel junge Menschen per se wenig betrifft, aber vielleicht in der Zukunft. Inwiefern ist das ein jugendpolitisches Thema? Und wie war euer Prozess zur Themensetzung?



Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Also ich würde vielleicht einfach mal anfangen. Ich habe eben schon einmal angesprochen, dass ich noch zur Schule gehe und da ist mir einfach aufgefallen, dass das Thema in der Schule überhaupt nicht behandelt wird. Also, wenn man sich damit nicht selbst auseinandersetzt, dann weiß man dazu in der Regel fast gar nichts. Vielleicht kann man noch sagen, dass es drei Säulen gibt, und dann wird es aber auch schon wieder relativ kritisch. Als ich dann die Möglichkeit gesehen habe, mich auch für die Jugend-Enquete-Kommission zu bewerben, bin ich auch ein bisschen in den Austausch mit meinen Mitschülerinnen und Mitschülern gegangen. Und da ist mir einfach aufgefallen, dass die meisten gesagt haben „Oh super, du engagierst Dich für ein Thema, aber wieso denn Rente? Und wieso Du, also was interessiert Dich an Rente? Du bist 17.“ Und gleichzeitig sieht man aber in den Nachrichten immer wieder diese Meldungen, dass der demografische Wandel einfach ein Problem darstellt und die Altersarmut steigt. Aber in unserem Kontext wird es halt meistens nur so ausgelegt, dass man sagt „Ja, Ihr werdet wahrscheinlich sehr gut einen Arbeitsplatz finden“ und das ist dann auch schon wieder alles. Und ich habe mich dann einfach inhaltlich noch ein bisschen privat damit auseinandergesetzt und gemerkt, wie groß dieses Themenfeld und die Problematik auch einfach ist und wir ja gerade auch dann darum fürchten müssen, dass wir nicht genügend am Ende an Rente herausbekommen. Und deswegen habe ich mich dann beworben und es war auf jeden Fall die richtige Entscheidung. So viel kann ich jetzt schon einmal festhalten.

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Ja, bei mir war es tatsächlich noch ein bisschen lebensnäher. Vor allem als Jugendlicher macht man irgendwann mal einen Nebenjob, kellnert, arbeitet irgendwie im Verein. Und dann gibt es ja immer auf diesem Minijob diese Besteuerung von der Rente und Befreiung vom Rentensatz. Und dann sitzt man da so als Jugendlicher und fragt sich so: Was ist das? Warum kriege ich manchmal 5 Euro mehr und warum kann ich mich davon befreien lassen? Und was bedeutet das für mich in 10, 20, 50 Jahren? Und so war ich einfach neugierig und wollte darüber lernen. Und für mich war einfach ganz schön zu sehen, dass ich bei der Jugend-Enquete erst einmal wirklich keine Vorkenntnisse

mitbringen musste. Das heißt, ich konnte mich da komplett auf das Thema einlassen und dann mir meine Meinung bilden und ohne, dass es irgendwie schon vorgegeben wird, was meine Meinung sein soll. Ich habe nur Input bekommen und dann konnte ich mir meine Meinung bilden.

Paul Schlowak (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Ich glaube bei mir sind es drei Sachen. Einmal studiere ich Volkswirtschaftslehre. Also ich finde es einfach inhaltlich spannend. Zweitens glaube ich, dass das Thema in unserer Medienwelt, wo vieles einfach sehr reißerisch zugeht und inhaltlich behandelt wird, es einfach sehr wenig Aufmerksamkeit bekommt - gemessen an dem, wie wichtig es eigentlich ist. Genau, das sind vor allem die zwei Punkte, die mich dazu bewegt haben. Und ein dritter Punkt, klar: Viele gesellschaftliche Probleme spiegeln sich einfach in einem Rentensystem wider, also Armut oder Geschlechterrollen. Und ja, das zeigt uns glaub ich einen guten Spiegel auf, wie wir so als Gesellschaft gerade stehen.

Die Vorsitzende: Okay, vielen Dank. Ich glaube, so sind wir vielleicht gerade ganz gut wieder ins Thema reingekommen. Ich habe auch schon eine Frageanzeige, und zwar von Paul Lehrieder. Bitte.

Abg. Paul Lehrieder (CDU/CSU): Also erst einmal ohne, dass ich jetzt schleimen will oder eben Süßholz raspeln will, aber ich glaube schon mal Respekt, dass Menschen in Ihrem Alter, Jugendliche in Ihrem Alter sich über die Rente Gedanken machen. Das trifft man ehrlich gesagt im politischen Geschäft nicht so oft. Die meisten sagen „Ich weiß nicht, was ich an Rente rausbekomme und das ist alles so weit weg und das interessiert mich heute überhaupt nicht“. Gleichwohl, wie gesagt, ist es natürlich schon seit Jahrzehnten und ich war früher im Ausschuss Arbeit und Soziales auch mal eine Zeit lang Obmann, ich hatte Ihnen vorhin, Herr Schlowak, angeboten - das Gespräch zu Herrn Rützel angeboten. Frau Kollegin Lahrkamp ist ja Euer Boss, eben quasi in A und S, der Bernd Rützel der Ausschussvorsitzende, wie schon gesagt. Und der ist ein ganz Netter, obwohl er bei der SPD ist. Da könnte man vielleicht ein Gespräch mit ihm mal zusammen hinkriegen. Und



das ist natürlich ein Riesenthema. Sie haben die drei Säulen angesprochen, die da sind, die gesetzliche Rente, die eigentlich im Verhältnis zu den ganzen Finanzkapitalentwicklungen in den letzten Jahren immer noch das sicherste Standbein war. Ich habe jetzt mal bei der Familienministerin letztes Jahr bei den Haushaltsberatungen vorgeschlagen, ob wir nicht beim Freiwilligen Sozialen Jahr oder Freiwilligem Ökologischen Jahr einen Rentenpunkt geben. Das heißt, dass man die jungen Leute, die ein Jahr, ein Gesellschaftsjahr einbringen, tatsächlich ein Stückweit mit einem Rentenpunkt jetzt auch belohnen, aber zumindest neben dem Taschengeld und neben der Vergütung - das heißt also, ich habe das Jahr nicht verloren in der Rente, sondern das Jahr dient mir quasi tatsächlich ein Stückweit als Anwartschaft für meine spätere Rente, es ist zumindest nicht ganz für lau gewesen, selbst wenn ich die Kohle dann eben hinausgehauen habe.

Aber meine Frage ist jetzt - Sie haben den Gender Pension Gap ausgeführt und müssen die Mindestlöhne unter anderem auch mit erhöhen. Es ist natürlich ein System mit korrelierenden Röhren. Wir können die Mindestlöhne erhöhen. Die Mindestlöhne in Verbindung quasi mit den Energiekosten, mit den ganzen Rohstoff-Beschaffungskosten der Unternehmen, würde dazu führen, dass die Preise bei uns natürlich weiter steigen. Wir sind im internationalen Wettbewerb, wir sind auch auf Exporte angewiesen. 60 Prozent unserer Exporte gehen in das europäische Ausland. Das heißt, ob wir uns da nicht eben selber ins Knie schießen, wenn man da zu stark erhöht. Wir haben jetzt die Riesendiskussion ein Stückweit mit der Bahn dabei, die jetzt eben heute, morgen Abend streiken wird. Das heißt im Endeffekt haben wir die Diskussion mit der IG Metall, die natürlich grundsätzlich auf die 32 Stunden Woche im Schichtbetrieb eben auch mit runter wollen, also gibt es ja eigentlich Anwartschaften oder ähnliche Sachen, die tatsächlich momentan am Laufen sind. Und natürlich, was wichtig ist bei der betrieblichen Altersvorsorge - auch die hatten Sie ja angesprochen - der Insolvenzschutz, das heißt also, wenn das Unternehmen Konkurs geht, dass ich tatsächlich meine Altersvorsorge nicht mit verliere und dass das irgendwo eben abgesichert ist und die Portabilität, das heißt, wenn ich meinen Arbeitgeber wechsle, dass ich meine Rente mitnehmen kann.

Das ist ganz wichtig, das Vertrauen quasi in diese betriebliche Altersvorsorge-Säule einzustellen. Und wir hatten bei uns in der Arbeitnehmergruppe letzte Woche ein interessantes Gespräch zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Da hat die Ampel momentan einen Antrag am Laufen oder eingebracht. Da muss man gerade bei Startup-Unternehmen, ist das natürlich für beide Seiten interessant, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer so zu sagen. Wie kann ich die Betriebsbindung ein Stückweit hinbekommen? Wie kann ich mich an das Unternehmen natürlich ein Stückweit binden oder mehr Loyalität von meinem Arbeitnehmer erwarten? Gegebenenfalls auch sagen: „Okay, Menschenskind, wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es mir auch gut“. Oder mein Mitarbeiterkapitalanteil wächst dann ein Stückweit mehr dabei. Ich glaube, da ist einiges noch drin. Und ja, ich muss ehrlicherweise sagen, wir haben das Problem vielleicht die letzten Jahre nicht beherzt genug angegangen. Wir kriegen immer wieder den Vorwurf gemacht: Schaut Euch das österreichische Modell an, da zahlen Sie alle ein. Beziehungsweise - da gibt es eine höhere Rente. Die Österreicher haben aber natürlich ein Stückweit auch in den Erwerbszeiten höhere Rentenbeiträge als wir sie in Deutschland derzeit mit 18,4 Prozent haben. Das heißt im Endeffekt, da kann man natürlich schon daran sehen, man kann auch sagen, die Abgeordneten sollen einbezahlen. Dann wird es aber nicht so gehen wie in der Schweiz, dass quasi eine Deckelung der Rente da ist, sondern wenn wir eben einzahlen - bei uns gelten Rentenanwartschaften als eigentumsähnliche Rechte. Das heißt mit anderen Worten, wenn ich viel einbezahle, muss ich auch später viel rausbekommen. Das heißt, wir verlagern das Problem ein Stückweit eben noch ein paar Jahre und müssten aber parallel für die Bestandsfälle die Renten bezahlen und auch die Pension bezahlen, für Abgeordnete natürlich und zusätzlich noch quasi in die andere, in die Renten einzahlen. Das können wir erst dann machen, wenn es uns gesichert über etliche Jahre gut geht und die Zeiten werden wir nicht so schnell erleben. Das ist unser Problem. Keine Regierung traut sich, das Problem nachhaltig oder so anzugehen, dass wir in zehn zwanzig Jahren tatsächlich den Systemwechsel haben. Und mit Verlaub - Sie sind gerade nicht da Herr Kollege Seestern-Pauly - der Rentenfonds beziehungsweise der Kapitaleinzahlungsfond, so



wie es die nordischen Länder haben mit den 10 Milliarden, die wir im Jahr einzahlen - das reißt das Kraut nicht raus. Wenn man 160 Milliarden quasi an Zuschuss quasi aus dem Steuermittel in die Rente geben pro Jahr, dann sind 10 Milliarden auf das Sparkonto rüber gelegt, vielleicht in 40, in 100 Jahren eben so weit, dass man da aus der Rendite ein bisschen Zuschuss für die Rente erreicht. Also es ist ein Riesenthema und ich gratuliere Ihnen dazu, dass Sie sich in Ihrem Alter schon dazu Gedanken machen. Und was ich tun kann, werde ich tun, um das Gespräch mit den Kollegen auch ein Stückweit zu vermitteln.

Die **Vorsitzende**: Das waren jetzt sehr viele Fragen und sehr viele Themen.

Abg. **Paul Lehrieder** (CDU/CSU): Es müssen nicht alle vier Antworten. Es kann einer für alle antworten. Dann haben wir wieder Fragen.

Die **Vorsitzende**: Genau. Ich würde sagen: Möchte jemand von Euch auf einige der Fragen, vielleicht sogar alle, antworten? Oder sollen wir erst einmal sammeln, wie ist da gerade Euer Bedürfnis? Okay, das waren jetzt sehr viele Fragen, deswegen fangen wir einfach mal direkt an und – genau, Paul, bitte.

Paul Schlowak (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Genau. Danke für den Beitrag. Ich glaube, das eine Thema, das Sie angesprochen haben, dass es auch ein politisch ökonomisches Problem ist. Die Parteien trauen sich nicht ganz an das Thema heran. Und das ist dann auch das Thema der Jugendbeteiligung - viele ältere Wähler*innen und die Jugend, Wahlalter 18 gerade, werden wenig eingebunden. Da gibt es also die drei großen Reformen in der Rente: Renteneintrittsalter, Beitragssatz und Sicherungsniveau. Ich glaube, da kann man dran arbeiten, dass man beispielsweise das Rentenalter indexiert, dass nicht jede Regierung einzeln sich entscheiden muss, jetzt das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Und da kann man quasi das koppeln an die fernere Lebenserwartung. Ja, ich glaube, das, was Sie angesprochen haben mit der Lohn-Preis-Spirale, also Mindestlohn-erhöhungen führen dann auch zu einer Inflations-

erhöhung. Ich glaube das müsste man sich im Einzelnen anschauen. Aber was schon festgehalten werden muss und was auch uns allen klar ist, dass Deutschland zu reich ist für ein Land mit Altersarmut und dass die Menschen auch ordentlich verdienen sollen und dass das Interesse da an allen liegt.

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Ja, zur Ergänzung - auch wenn wir jetzt sagen, wir erhöhen jetzt den Mindestlohn und damit eben diese Lohn-Preis-Spirale auslösen, dann verschieben wir aber dieses Problem wieder in die Rente. Und dadurch, dass die Menschen ja immer älter werden und wir dann immer mehr Altersarmut haben, kommt ja da wieder alles auf uns zurück. Das heißt, wenn wir jetzt gegen diese Lohn-Preis-Spirale arbeiten wollen und trotzdem irgendwie das Rentenniveau höher gestalten wollen, um gegen diese Arbeitslosigkeit anzugehen, können wir das nicht machen, indem wir die Arbeitsmarktpolitik jetzt so lassen und dann einfach so tun, als würde die Rente mit der Rente gelöst werden. Als würde jetzt die große Reform kommen. Man kann nur langfristige Sachen machen. Also wie gesagt, die kapitalgedeckten Rentenaltersicherungssysteme brauchen die Zeit. Und wenn wir jetzt kurzfristig und mittelfristig in den Arbeitsmarkt einfach höhere Gehälter schaffen, bessere Sicherung, schnelleres Herauskommen aus dem Niedriglohnsektor. Der Niedriglohnsektor ist einer der größten in Europa. So können wir das doch nicht lassen, dass Menschen wirklich 30, 40 Jahre durchgehend arbeiten, wenig bekommen und dadurch noch weniger in der Rente bekommen. Das ist nur ein Verschieben. Ob wir das heute machen, ob wir morgen viel Geld bezahlen oder übermorgen noch mehr Geld. Also Geld müssen wir so oder so in die Hand nehmen.

Die **Vorsitzende**: Ein eindringlicher Appell. Vielen lieben Dank! Ich habe noch so eine Frage nach Rentenpunkten für FSJs und ich meine, Elisa, Du hast das auch gerade selbst einmal aufgeworfen. Wie ist denn das eigentlich als junger Mensch, also wenn man sich eigentlich so von den Rentenbeiträgen befreien lassen will. Was bringt das? Was sind die Dinge, die Ihr da herausgefunden habt bezüglich dieser Fragen? Und meint Ihr, dass



es ein Interesse daran gebe, für gewisses Engagement vielleicht auch Rentenpunkte zu erhalten?

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Ja, um direkt darauf einzugehen - es gibt auch immer noch die Debatte: Pflichtjahr oder nicht? Und da ist dann eben die Frage, was gibt man den jungen Menschen auch in dem Sinne zurück? Und dementsprechend ist das auf jeden Fall eine Maßnahme. Aber der viel grundsätzlichere Aspekt ist - deswegen sind wir ja auch hier in der Jugend-Enquete-Kommission - die Unaufgeklärtheit in der Jugend. Wie gesagt, Rentenpolitik ist ein sehr positiv behaftetes Thema in dem Sinne, dass man zukunftspositiv sein muss, wenn man glaubt, dass in 20 Jahren die Gesellschaft eh am Ende ist, dann kümmert man sich mal nicht um die Rente, dann kümmert man sich - was habe ich heute? Was habe ich hier? Was habe ich jetzt? Und wenn man wirklich die Zeit, die Ressourcen hat, die Geld und die Bildung wirklich, wie Eva angesprochen hat - in der Schule lernt man nichts darüber, im Alltag gibt es andere Sachen - dann beschäftigt man sich nicht, kann nicht investieren, kann nicht mit jungen Jahren anfangen und denkt sich so okay, diese 5 Euro im Minijob, die brauche ich jetzt lieber und die nehme ich mir jetzt raus und weiß gar nicht, was das für Auswirkungen in der Zukunft hat. Das bedeutet also FSJ-Rentenpolitik, was kann man für junge Menschen tun? Mehr Bildungsarbeit. Was bedeuten die Maßnahmen, die ich jetzt mache für mich in 50 Jahren und einfach diese Zukunftspositivität, den Glauben zu schaffen? In 50 Jahren gibt es noch unsere Gesellschaft, das kann niemand garantieren. Aber man kann Hoffnung schaffen.

Die **Vorsitzende**: Okay, danke Dir. Ich habe eine weitere Frage von Sarah Lahrkamp. Bitte.

Abg. **Sarah Lahrkamp** (SPD): Ja, vielen Dank. Erst mal bitte ich um Entschuldigung, dass ich die Eingangsstatements verpasst habe. Das tut mir sehr leid, es muss unglaublich spannend gewesen sein. Vor allem, weil mir das was ich jetzt hier gerade höre schon sehr, sehr gut gefällt. - Sind wir heute beim Du oder beim Sie? Beim Du, ist in Ordnung? Beim Du? Ist in Ordnung Ja, Super. - Okay, also nein, die obligatorische Frage wäre natürlich erst

einmal was würdet Ihr uns empfehlen? Wenn jetzt etwas doppelt ist mit den Eingangsstatements bitte sagen - ich weiß es leider nicht. Ich frage jetzt einfach mal, was mich interessiert, wenn es Empfehlungen gibt, Handlungsempfehlungen für die Politik, was man für junge Menschen tun kann. Ich habe gerade schon gehört: Mehr Aufklärung, mehr Bildung. Ja es ist einem immer das näher, was zeitlich nahe dran ist. Und an die ferne Zukunft denkt man lieber später oder schiebt man weg, kommt einem nicht so gewaltig vor im Hier und Jetzt. Arbeitsmarktpolitik mit Sicherheit auch sehr, sehr interessant. Sehr, sehr spannende Ansätze. Löhne, habe ich schon gehört, perfekt. Aber vielleicht auch noch einmal, um ein bisschen Spielraum zu geben für Vorstellungskraft. Was gefällt Euch gerade nicht bei Rentnerinnen und Rentnern? Was wollt Ihr denn eigentlich erreichen? Was soll sich verbessern? Wie stellt Ihr Euch das selbst vor, wenn Ihr einmal in Rente geht? Was sollen Rentnerinnen und Rentner haben? Was wollt Ihr später haben? Und dann: Was könnt Ihr uns empfehlen, wie wir das erreichen können?

Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Also vielleicht zu unseren Handlungsempfehlungen: Wir haben eben schon einmal im Eingangsstatement ein bisschen darauf angespielt, dass wir Expertengruppen gebildet haben. Vielleicht kurz für Sie - wir haben drei Expertengruppen gebildet, die so ein bisschen auch unsere Priorisierung einfach darstellen, wie wir in der Kommission auch das Thema wahrnehmen und was uns besonders am Herzen liegt und welche Problemstellungen wir als besonders akut ansehen. Und da haben wir einmal die Expertengruppe zum Niedriglohnsektor gehabt, dann den Druck auf den Bundeshaushalt, dass ja immer mehr Gelder auch dafür aufgewendet werden und das Thema Gender Pension Gap. Und ich glaube, dann ist es uns auch allen immer so gegangen, dass dieser Aspekt der Gerechtigkeit, also dass man ja auch, gerade was auch Generationenvertrag angeht, diese Vorstellung hat: Wenn wir arbeiten, dann bekommen wir da auch am Ende etwas bei raus. Und dieses Ungewissen, was aber immer noch besteht, sei es jetzt aufgrund des Geschlechts oder aufgrund dem in dem Sektor, wo man arbeitet. Wenn man ja aber trotzdem genauso viel geleistet hat, dann kann das einfach unserer



Meinung nach nicht sein. Und dann muss man da ansetzen und konkrete Handlungen dann auch folgen. Also wir können gerne noch mal auf bestimmte Themen eingehen, aber vielleicht erst mal das zum Groben.

Die **Vorsitzende**: Ich glaube, es wäre gar nicht so schlecht, wenn Ihr im Einzelnen auf die Themen eingehen wollt, das an dieser Stelle zu tun. Denn jetzt könnt Ihr gerade Bundestagsabgeordnete adressieren, die vielleicht an solchen Dingen, an solchen Stellschrauben drehen können. Deswegen voll gerne.

Paul Schlowak (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Ja, Du hast gefragt, wie wir uns unsere Rente vorstellen und ich muss schon sehr häufig an die Menschen denken, die ich am Bahnhof Pfandflaschen sammeln sehe. Und ich glaube, das zeigt uns zwei Probleme unseres Rentensystems - einmal die Finanzierbarkeit und einmal die Gerechtigkeitsfrage. Ich glaube, die Finanzierbarkeitsfrage lässt sich mit so „technischen Verfahren“ lösen oder zumindest mitgieren, zum Beispiel ein Opt In-System, dass man die Menschen dazu bringt, dass sie zum Beispiel betrieblich vorsorgen, dass sie dazu angestupst werden, betrieblich vorzusorgen oder auch privat vorzusorgen, dass man ihnen das leichter macht, ihnen leichte Fonds zum Beispiel anbietet und so auch die breite Masse erreicht. Und gleichzeitig stellt sich ja dann die Frage für die alleinerziehende Mutter „Ja, woher soll denn das Geld kommen, das ich anlegen soll?“ Und das ist dann das zweite Problem, die Gerechtigkeitsfrage, die uns auch sehr umtreibt. Das Rentensystem ist systemkonservativ. Es hält ja Klassenunterschiede aufrecht. Anders als ein progressives Steuersystem zum Beispiel. Und letzte Woche haben die Wirtschaftsweisen das Jahresgutachten veröffentlicht und haben gesagt: Wie wär's denn damit, das Äquivalenzprinzip aufzulösen und progressiv umzuverteilen? Das ist ein Tabubruch in der Rentenpolitik, und das ist eine Reform, wie man es schaffen könnte - erstens Finanzierbarkeit, dass die Menschen tatsächlich mehr anlegen und mehr vorsorgen durch ein Opt In-System, aber zweitens auch die Gerechtigkeitsfrage ein bisschen lösen, indem man umverteilt ein bisschen und von stärkeren Schultern auf schwächere Schultern umverteilt.

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Und der dritte Punkt, der uns in der Kommission sehr, sehr wichtig ist, ist einfach: Wir wollen nicht spalten, auch wenn wir hier jetzt als Stimme der Jugend dastehen, wird Generation, Prinzipien, Generationenvertrag, immer die eine Partei gegen die andere Partei. Aber das ist ja gar nicht der Sinn – es geht um ein Solidaritätsprinzip. Man bezahlt für jemand anderen, damit für einen dann irgendwann bezahlt wird. Und das soll einfach während dieser ganzen Debatte im Kopf geblieben werden. Es darf nicht weiter ein Generationenriss geben, es darf nicht sein, nur weil wir jetzt heute viel zu viel zahlen, damit wir irgendwie was anderes retten. Wir dürfen niemandem die Schuld geben. Wir müssen jetzt einfach Verantwortung übernehmen. Darum geht es. Wir dürfen keinen Generationenstreit aufmachen, sondern jetzt geht es erst darum, zusammenzustehen und diesen Generationenvertrag wirklich als Vertrag zusammenzuarbeiten.

Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Und deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns das Ganze von verschiedenen Perspektiven anschauen, also sowohl mittel- als auch langfristige. Und da ist Umverteilung dann das eine Stichwort, das man sich anschaut die Personen, die jetzt schon unter Altersarmut zum Beispiel leiden, wie können wir solche Menschen da rausholen? Aber auf der anderen Seite auch: Wie kommen wir dahin, dass Menschen gar nicht erst unter Altersarmut leiden müssen? Wie können wir es schaffen, dass ein Gender Pension Gap in Deutschland nicht bei 49 Prozent liegt und Frauen einfach weniger Möglichkeiten haben, auch am Ende für das Alter auszusorgen. Oder wie können wir Menschen aus dem Niedriglohnsektor herausholen und gar nicht erst dahin kommen, dass so viele Leute auch auf eine Grundsicherung im Alter angewiesen sind.

Die **Vorsitzende**: Ich finde es unfassbar schön, wie Ihr gerade, finde ich, in einer sehr kurzen Zeit deutlich machen konnte, dass der sogenannte Generationenkonflikt gar kein Konflikt ist, sondern dass es eigentlich um eine Art von Solidarität auch untereinander geht, wie man ein nachhaltiges System schaffen kann und aufbauen kann.



Weil ich glaube, genau da liegt ja der jugendpolitische Hase im Pfeffer. Es geht um eine Nachhaltigkeit dieses Systems, damit wir als junge Leute auch heute schon darauf bauen können, eines Tages eine gerechte Rente zu erhalten und nicht in Altersarmut zu leben, so wie wir es gerade in den älteren Generationen sehen, für die wir natürlich einerseits gerade auch schon mitbezahlen und andererseits aber auch ein Ungerechtigkeitsempfinden dazu entwickeln. So habe ich Euch verstanden, so empfinde ich es auch als junger Mensch. Und deswegen glaube ich, habt Ihr gerade sehr viele sehr wichtige Punkte schon gemacht. Ich schaue noch einmal in die Runde. Es gibt noch eine Frage von Paul. Bitte halte dich kurz. Wir haben noch sieben Minuten.

Abg. **Paul Lehrieder** (CDU/CSU): Ja, ich werde sieben Minuten füllen können, liebe Frau Vorsitzende. Nein. Auch ich fühle mich als Sprecher der Jugend. Ich bin auch ein paar Tage älter wie die Frau Vorsitzende, aber gleichwohl. Man sieht das in den Schulklassen - meine Söhne sind 16 und 18 Jahre alt. Ich möchte denen in zehn oder 15 Jahren erklären können: Was habt Ihr damals im Bundestag gemacht? Und da ist natürlich vorhin schon vieles richtig angesprochen worden und das Stichwort Nachhaltigkeit, Stichwort Generationengerechtigkeit genannt worden. Es ist überhaupt nichts damit gewonnen, wenn man Generationen gegeneinander ausspielt und sagt: Okay, ihr Alten lebt auf unsere Kosten. Und darum ist es auch unser Appell. Auch wenn es momentan relativ unpopulär ist, wenn wir mit anderen Parteien natürlich, die derzeit an der Regierung sind, uns nicht immer verstehen. Das ist okay. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Das heißt, wir könnten uns leicht machen, natürlich zu sagen okay, gut, wir versuchen jetzt etwas mehr Schulden zu machen. Irgendeiner wird sie zurückzahlen müssen oder das wirtschaftliche System wird natürlich im internationalen Kontext darunter leiden. Das heißt also natürlich auch, die Frage der Haushaltsstabilität ist ja auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Und ja, ich glaube, das Wichtigste ist, und das kann ich Euch nur mit auf den Weg geben: Geschlossene Erwerbsbiografien führen in aller Regel zu überdurchschnittlichen Renten. Wenn ich viel Arbeitslosigkeit in der Zwischenzeit gehabt habe, wenn eben Erziehungsausfallzeiten, wenn ich

keine Kita finde, über Jahre hinweg, gerade als Frau und deshalb eben ein Stückweit eben kein Erwerbseinkommen habe, dann fehlen mir die Rentenpunkte. Und das ist genau der Punkt. Und von daher - geschlossene Erwerbsbiografien, aber auch in Verbindung mit der unpopulären Haushaltsdisziplin. Ich glaube, das ist das, was Euch natürlich in den nächsten Jahren vielleicht das Leben erleichtert, auch wenn man es heute vielleicht einfacher haben könnte, wenn man Schulden macht. Es müssen nicht alle antworten. Einer reicht ja schon.

Die **Vorsitzende**: Ich fange mal ganz kurz an, weil ich schon infrage stellen möchte, ob das ein faires Prinzip ist, diese geschlossene Erwerbsbiografie auf diese Art und Weise an zu appellieren. Denn ich glaube, über den Gender Pension Gap haben wir ja gerade schon gesprochen. Und genau dadurch, dass es eben gewissen Teilen der Gesellschaft verwehrt ist, solche geschlossenen Erwerbsbiografien zu ermitteln, sorgt dafür, dass es diesen Gender Pension Gap gibt. Aber ich will Euch gar nicht alles vorwegnehmen. Ich wollte das nur einmal aus dem anderen Standpunkt dieser Kommission kundgetan haben. Bitte.

Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Vielleicht ein Kommentar zum Haushalt. Kurz. Also das ist natürlich auch immer eine Frage der Priorisierung. Also welche anderen Ressorts werden dann mehr priorisiert oder weniger? Möchte ich einfach nur mal so in den Raum stellen. Ich würde nämlich eigentlich gerne auf den Gender Pension Gap noch mal eingehen und auch auf die Frage, wie wir da mehr Gerechtigkeit schaffen können. Denn ich glaube, es geht da vor allem auch darum - Erwerbsbiografien sind ein wichtiges Thema, aber wie können wir da Frauen unterstützen? Und dann ist zum einen das Thema, was immer genannt wird Vollzeitbeschäftigung. Und ja, das ist auch ein Aspekt. Also wenn Menschen oder Frauen einfach nicht in der Lage sind, auch Vollzeit arbeiten zu gehen, weil sie daran persönlich gehindert werden, weil sie zum Beispiel keinen Kindergartenplatz finden et cetera. Aber ich finde, wir sollten auch darüber reden, was das Problem an Teilzeitoptionen momentan noch ist, nämlich, dass Teilzeitoptionen auch



häufig in Bereichen möglich sind, die dann wieder sehr nah am Niedriglohnsektor dran sind und dass dann Frauen auch für Ihre Arbeit einfach weniger Geld bekommen, weil sie in Bereichen arbeiten, die genauso wichtig für unsere Gesellschaft sind, aber einfach unterbezahlt sind. Und dass wir da auch Möglichkeiten schaffen müssen, diese Menschen auch wertzuschätzen und auch finanziell dann wertzuschätzen und gleichzeitig aber auch Teilzeitionen auszuweiten. Also dass man auch eine Führungsposition übernehmen kann in anderen Modellen als nur dem Vollzeitmodell oder dass man auch gerade Frauen die Möglichkeit gibt, diese Care-Arbeit auch anerkennen zu lassen, also dass man sie auch wertschätzt in der Gesellschaft, indem man zum Beispiel auch andere Möglichkeiten wie Kinderbetreuungssysteme ausweitet und stärkt. Und das nicht nur auf dem Papier. Also dass dann eine Familie auch einen Kindergartenplatz findet. Das ist ja dann das eigentliche Problem, was wir am Ende haben.

Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Und um das weiter auszuführen: Ja, geschlossene Erwerbsbiografien führen zu mehr Rente. Aber trotzdem zeigt es, wenn ein Mensch sein ganzes Leben im Niedriglohnsektor gearbeitet hat, wird die Rente nicht auskömmlich sein. Und da ist nämlich dann eben die Frage: Um welchen Preis? Wir haben gesehen, bei der Arbeitslosenreform, wie man eben Arbeitslosigkeit um die Jahrtausendwende reformieren will, haben wir gesehen - ja, die Arbeitslosenquote ist gesunken, aber wir haben auch ein viel, viel größeren Niedriglohnsektor. Und wir sehen auch: Wenn man aus einer Arbeitslosigkeit in den Niedriglohnsektor kommt, dann ist das eine Falle, das ist keine Aufstiegschance mehr. Und dementsprechend sieht man wenn man die Menschen um jeden Preis in eine geschlossene Erwerbstätigkeit versucht zu bekommen, wird das Problem in der Zukunft nicht dadurch besser. Sie bekommen ein bisschen mehr Geld, aber es ist nicht auskömmlich. Mit dieser 48 % Grenze ist, wenn man immer nur Mindestlohn bekommen hat, nicht auskömmlich, um einen gewissen Lebensstandard zu halten.

Die **Vorsitzende**: Genau und da Ihr Euch ja auch schon viel mit dem Niedriglohnsektor beschäftigt habt, kann man da glaube ich auch noch ganz gut

ergänzen, dass es gar nicht nur um einen Gender Pension Gap geht - wahrscheinlich. Das werden wir dann wahrscheinlich in eurem Policy Paper auch noch einmal sehen, sondern dass auch andere Diskriminierungsformen sich eben dort widerspiegeln aufgrund dessen, welche Jobs bestimmte Menschen in dieser Gesellschaft erhalten können und welche nicht.

Wir haben jetzt noch eine Minute, die würde ich gerne nutzen für ein ganz kurzes Abschlussstatement von Euch allen. Bitte beschränkt Euch auf einen Satz oder zwei. Ich würde nämlich gerne von Euch wissen, was Ihr anderen jungen Menschen, die vielleicht heute hier nicht sitzen, vielleicht sich auch noch nicht so viel mit Rente auseinandergesetzt haben wie Ihr - aber was wollt Ihr denen mitgeben? Macht gerne einfach eine Reihe, wie Ihr wollt und dann schließe ich die Sitzung.

Luisa Kerscher (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Also ich kann ja vielleicht mal ein allgemeines Statement geben. Das jetzt nicht nur in Bezug auf Rente ist, sondern an alle Jugendlichen: Habt einfach den Mut, Euch für das einzusetzen, was Euch wichtig ist und was Euch am Herzen liegt. Das muss auch nicht unbedingt sein, dass Ihr Euch für Politik interessiert, aber wenn Ihr Euch nicht für die Politik interessiert, könnt Ihr Euch ja auch für andere Punkte einsetzen oder dafür einsetzen, dass die Leute, die Interesse daran haben, sich für die Politik zu beteiligen oder in der Politik zu beteiligen, denen die Chance zu geben, dass sie das ermöglichen können.

Paul Schlowak (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Es geht um unsere Zukunft. Deswegen gehen wir für Klima auf die Straße und deswegen sollten wir auch für Rente auf die Straße gehen.

Eva-Marie Deckers (Jugend-Enquete-Kommission e.V.): Beschäftigt Euch mit den Themen, die Euch interessieren. Politik ist ein Thema, was uns alle angeht und gerade auch uns junge Menschen und sucht Euch das Thema aus, was Euch am meisten interessiert und setzt Euch dafür ein. Ihr müsst nicht für Jugendbeteiligung stehen, steht für Euren Alltag und was Ihr braucht.



Elisa Wittler (Jugend-Enquete-Kommission e.V.):
Traut Euch, kontrovers zu sein. Konfrontation belebt die Diskussion. Eine Gemeinschaft kann nicht durch eine Meinung leben. Und auch wenn Ihr sagt „Hey, ich habe noch keine richtige Meinung“, informiert Euch, das funktioniert und dann kann man auch sich mehr beschäftigen. Man muss nicht als Experte geboren werden, man kann auch Experte werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Euch. Ich schließe damit diese Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16:31 Uhr

Emilia Fester, MdB

Vorsitzende